



FÜR KLIMA & FORTSCHRITT

WAHLPLATTFORM

SP & GRÜNE: FÜR KLIMA & FORTSCHRITT

Die letzten vier Jahre Bündner Politik waren – wie alle Jahre davor – geprägt von einem Grossen Rat, in dem die alten Seilschaften viel verhinderten und wenig gestalteten. Dank Engagement und strategischem Geschick haben wir dennoch Entscheidendes erreicht für Graubünden.

- Wir haben im Grossen Rat einen Green Deal erarbeitet, der Graubünden zum Schweizer Pionierkanton macht in der Klimarettung.
- Wir haben erfolgreich für ein Kulturförderungskonzept und markant mehr Mittel für die Kultur gekämpft.
- Wir haben Graubünden mit einem Digitalisierungsfonds fit für die Zukunft gemacht.

Und vor allem: Wir haben Graubünden zu einem fairen, verfassungskonformen Wahlsystem verholfen.

ENDLICH EINE ECHE WWAHL FÜR KLIMA & FORTSCHRITT

Nach über hundert Jahren Einsatz für ein gerechtes Wahlsystem wählt Graubünden 2022 endlich im Proporz. Endlich zählt in Graubünden jede Stimme gleich viel. Endlich mehr Demokratie!

Die ersten gerechten Wahlen in Graubünden sind eine historische Chance für die progressiven Kräfte im Kanton. Darum bündeln SP & GRÜNE bei den Wahlen 2022 ihre Kräfte. Gemeinsam treten wir mit 117 Kandidierenden an, um Graubünden zu modernisieren. Fortschrittlicher, sozialer und ökologischer soll unser Kanton werden.

Wir wollen, dass unser Kanton vorangeht im Klimaschutz und dass er der Natur Sorge trägt. Wir wollen, dass Familie eine Chance und keine Belastung ist. Wir wollen mehr Vielfalt statt immer den gleichen, alten Filz. Und wir wollen einen Geist des Fortschritts: Investieren wir in gute Löhne, Bildung, Forschung und Kultur.

Um das zu erreichen, kandidieren auf unserer Liste Landwirt:innen, Hebammen, Rapper und Opernsängerinnen, Mediziner:innen, Auszubildende, Jurist:innen, Wissenschaftler:innen, Unternehmer:innen und Geschäftsführer:innen, Marketing- und Umweltfachleute, Forstwerte, Pflegefachpersonen, Studierende und Lehrpersonen, Rentner:innen und viele mehr. Es kandidieren Menschen mit Migrationsgeschichte, queere Menschen, Menschen aus urbanen und ländlichen Gebieten. Frauen sind auf unserer Liste in der Mehrheit.

Ohne eine starke Vertretung in der Regierung bewirkt eine Grossratsfraktion allerdings wenig. Peter Peyer hat Graubünden als Gesundheitsminister umsichtig, mit Pioniergeist und als Teamplayer durch die Pandemie geführt. So bringt er uns Stabilität in einer schwierigen Zeit.

117 Kandidierende für den Grossen Rat und Peter Peyer für die Regierung. Sie alle werben im Wahljahr 2022 für Klima und Fortschritt. Sie tun das mit einem Dutzend konkreter Forderungen.

FÜR KLIMA & NATUR

Klimakatastrophe und Artensterben bedrohen unsere Existenzgrundlagen. Graubünden darf nicht zuwarten und auf globale oder nationale Lösungen hoffen. Wir müssen selber handeln und zwar dringlich.

1. WIR KÄMPFEN FÜR EINE SCHNELLE UND GRIFFIGE UMSETZUNG DES GREEN DEALS.

Der Green Deal ist aufgegleist, die erste Etappe beschlossen. Die zweite Etappe muss nun schnell folgen. Denn mit ihr schaffen und finanzieren wir den Bündner Klimafonds und entwerfen die gesetzlichen Grundlagen für die griffigsten Massnahmen des Green Deals. Wir müssen dabei bis 2030 möglichst viele Emissionen abbauen, statt zu kompensieren, und alles dafür tun, die globale Erwärmungsgrenze von 1.5° C einzuhalten. Wir kämpfen dafür, dass der Grosse Rat bei der Finanzierung keine Abstriche macht. Fossile Heizungen wollen wir rasch mit erneuerbaren Heizsystemen ersetzen, die Sanierungsrate bestehender Gebäude verdoppeln und alle Regionen mit einem attraktiven ÖV erschliessen. **Die zweite Etappe des Green Deals muss dem Grossen Rat spätestens 2023 vorliegen.** Der Kanton kann es sich leisten, ihn ohne zusätzliche Abgaben und sozialverträglich zu finanzieren.

2. WIR FORDERN EINE SOLAROFFENSIVE FÜR GRAUBÜNDEN.

Der Kanton Graubünden hat sich eine Wasserkraftstrategie gegeben. Es ist gut, wenn die öffentliche Hand aktiv auftritt, Heimfälle ausübt und eine Energiepolitik im Sinne der Bevölkerung und des Klimas betreibt. Doch für einen Ausstieg aus der Atomkraft und den fossilen Energieträgern reicht das nicht. Graubünden muss Wasser- UND Sonnenergiekanton werden. **Wir fordern eine Bündner Solaroffensive.** Dafür muss der Kanton als Grundlage eine Solarstrategie erarbeiten, die den Landschaftsschutz gebührend berücksichtigt.

3. WIR VERTEIDIGEN EINE RAUMPLANUNG ZUM NUTZEN VON NATUR UND GESELLSCHAFT.

Eine kluge Raumplanung schützt unseren Kanton vor Spekulation und Zersiedlung und sichert den Erhalt der einmaligen Naturwerte. Doch die Raumplanung, wie sie vom Volk auch in Graubünden bestätigt worden ist, steht immer wieder unter Beschuss der rechten Parteien. Sie torpedieren beispielsweise Gewässerräume oder wollen ungehemmt ausserhalb der Bauzone bauen. **Gegen eine Aufweichung des Raumplanungsgesetzes wehren wir uns.** Wir kämpfen weiter für Zonen mit einem Mindestanteil bezahlbarer Wohnungen, für Siedlungsräume mit weniger Beton und mehr menschen- und klimafreundlichem Grün sowie den besseren Schutz von artenreichen Flächen.

4. WIR SETZEN UNS EIN FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG IN TOURISMUS UND LANDWIRTSCHAFT.

Weite Teile unseres Kantons sind geprägt von Tourismus und Landwirtschaft. Hier liegen uns eine nachhaltige Entwicklung und ein ökologischer Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen besonders am Herzen. Die Tourismusentwicklung muss den Interessen der Bevölkerung vor Ort Rechnung tragen und ihr Mitsprache garantieren. Das Pionierprojekt der klimaneutralen Landwirtschaft, wie es der Green Deal vorsieht, unterstützen wir nach Kräften. Graubünden muss weiter in den Obst-, Gemüse-, Wein- und Ackerbau ohne synthetische Pestizide investieren. **Der Plantahof soll zur führenden Ausbildungsstätte für biologische und klimaneutrale Landwirtschaft für den gesamten Alpenraum werden.** Die Fachhochschule Graubünden soll sich zudem noch stärker auf den Fachbereich des nachhaltigen Tourismus spezialisieren.

FÜR FORTSCHRITT & LEBENSQUALITÄT

Der Kanton Graubünden vernachlässigt zentrale Fragen des Fortschritts und der Lebensqualität. Das führt zu Abwanderung. Nur wenn wir als Wohn- und Arbeitsort attraktiver werden, verhindern wir die Abwanderung aus den Talschaften.

5. WIR WOLLEN DIE KINDERBETREUUNG BEZAHLBAR UND ZUGÄNGLICH FÜR ALLE MACHEN.

Der Kanton muss dafür sorgen, dass die familienergänzende Kinderbetreuung erstens bezahlbarer wird und dass zweitens das Angebot im ganzen Kanton sichergestellt ist. Der Kanton muss mit höheren

Beiträgen die Familien entlasten. **Wir fordern bezahlbare Kitas im ganzen Kanton!** Wir wollen weiter eine Volksschule, die Tagesstrukturen im ganzen Kanton anbietet und Betreuungsangebote auch in der Ferienzeit sicherstellt.

6. WIR BRAUCHEN MEHR BEZAHLBAREN WOHNRAUM.

Immobilienpekulation und die Umgehung der Zweitwohnungsinitiative führen besonders in touristischen Hotspots zu horrenden Mietkosten und Wohnungsnot. Wir kämpfen dafür, dass das Zweitwohnungsgesetz nicht weiter unterlaufen wird. Und **wir fordern, dass der Kanton gemeinnützigen Wohnbau fördert.** Denn gemeinnütziger Wohnbau funktioniert überall in der Schweiz. Für lebendige Stadtteile und Dorfkerne, in denen sich alle das Wohnen leisten können!

7. WIR WOLLEN EIN DEZENTRALES GESUNDHEITSSYSTEM UND BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR DAS GESUNDHEITSPERSONAL.

Die Pandemie hat uns noch einmal deutlich vor Augen geführt, wie wichtig ein ausgebautes, dezentrales Gesundheitssystem für die Lebensqualität in unserem Kanton ist. Es müssen sich zudem endlich die Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals in den Spitälern, Heimen oder bei der häuslichen Betreuung verbessern. **Wir setzen uns für die Forderungen der Pflegeinitiative auf kantonaler Ebene ein,** namentlich mehr Lohn und lebensfreundliche Arbeitszeiten.

FÜR DEMOKRATIE & GERECHTIGKEIT

Mehr Vielfalt und mehr Gleichstellung braucht Graubünden. Denn Vielfalt und Gleichstellung bringen frischen Wind in die Bündner Politik. Wir profitieren von einer humanen Migrationspolitik und Offenheit. Graubünden braucht eine Politik, die der Gerechtigkeit und dem Gemeinwohl verpflichtet ist und nicht mächtigen Einzelinteressen.

8. WIR WOLLEN GERECHTE LÖHNE FÜR ALLE.

Die Löhne in Graubünden sind für zu viele Menschen zu tief. So verdienen zum Beispiel Kindergartenlehrpersonen, Pflegefachkräfte, das Servicepersonal oder Temporärangestellte in der Landwirtschaft auch im schweizerischen Vergleich klar zu wenig – insbesondere trifft dies auf viele typische „Frauenberufe“ zu. Zudem erleben wir gerade in den grenznahen Südtälern auch krasse Beispiele von Lohndumping. Das wollen und müssen wir ändern. Es braucht deutlich mehr und bessere Gesamtarbeitsverträge. Zum Schutz der tieferen Löhne **fordern wir zudem einen kantonalen gesetzlichen Mindestlohn,** wie ihn die Grenzkantone Basel-Stadt, Jura, Neuenburg, Genf und Tessin bereits kennen.

9. WIR WOLLEN MEHR DEMOKRATIE.

Zuviele Menschen sind Graubünden von der Demokratie ausgeschlossen. Dies weil ihr Pass nicht die richtige Farbe hat. Wir finden: Wer hier lebt, soll mitbestimmen können. Einige Gemeinden machen es bereits erfolgreich vor. Wir fordern eine konsequente **Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Niedergelassene auf Kantons- und Gemeindeebene.** Ausserdem ist es uns wichtig, die Jugend möglichst früh für die Demokratie zu begeistern und ihr Mitsprache auf Augenhöhe zu gewähren. Wir setzen uns deshalb für ein **Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren** ein. Ausserdem unterstützen wir die Forderung der Transparenzinitiative der JUSO. Diese will Grossspenden in der Politikfinanzierung im Kanton offenlegen, das macht die Demokratie glaubwürdig und transparent.

10. WIR WOLLEN EINE GERECHTE STEUERPOLITIK.

Der bürgerliche Grosse Rat hat in den letzten Jahren bei jeder Gelegenheit Steuergeschenke an Konzerne und Reiche verteilt. Juristische Personen tragen immer weniger zu unserem Staatshaushalt bei, während im Verhältnis dazu der Anteil der Steuern auf Löhne (Einkommenssteuer) steigt. Das ist ungerecht. Wir fordern darum, dass die Steuern für grosse Unternehmen und hohe Vermögen moderat erhöht werden. Die Mehreinnahmen sollen in eine **faire Steuersenkung für tiefe und mittlere Einkommen** investiert werden. Das geschieht mit einer Erhöhung des Steuerfreibetrages.

FÜR BILDUNG, KULTUR & MEHRSPRACHIGKEIT

Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit: Sie sind unsere Ressourcen schlechthin. Graubünden muss ihnen Sorge tragen und in sie investieren – und zwar in allen Talschaften. Das gibt uns Zukunftsperspektiven und stärkt unseren Zusammenhalt.

11. WIR FORDERN MEHR STIPENDIEN FÜR ALLE.

Bildung ist die Ressource schlechthin für Graubünden. Dabei zeigt sich, dass in Graubünden im interkantonalen Vergleich besonders viele Menschen auf Stipendien während der Ausbildungszeit angewiesen sind. Pro Kopf ergeben sich oftmals geringe Stipendienbeiträge. Das wollen wir ändern und fordern **insgesamt mehr Stipendien**. Die Digitalisierung ist eine Chance. Sie stellt aber Arbeitnehmende in allen Berufsfeldern vor grosse Herausforderungen, die sich nur mit Umschulungen oder Weiterbildungen meistern lassen. Der Kanton muss deshalb mehr Stipendien für die Zweit- und Weiterbildung zur Verfügung stellen.

12. WIR BRAUCHEN KULTURELLE UND SPRACHLICHE VIELFALT.

Die gelebte Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt im Kanton Graubünden ist für uns von unschätzbarem Wert. **Deshalb setzen wir uns ein für eine ausgebaute Sprach- und Kulturförderung**. In vielen Regionen und Gemeinden fehlt für Kulturschaffende und Institutionen eine Kulturvermittlung und Förderung. Sie sind gegenüber den Kulturschaffenden in den Zentren benachteiligt. Das wollen wir ändern, in dem wir überall eine regionale Kulturförderung etablieren. Den Austausch zwischen den Sprachgebieten im Schulunterricht wollen wir intensivieren. Und wir setzen uns für die mehrsprachige und lokale Medienlandschaft in unserem Kanton ein.

